

# M5

**Titel** Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

**AntragstellerInnen** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

---

## Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

1 In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Leben eines jeden Menschen ver-  
2 brieft: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt.“ Wenn ein Recht auf Leben ernst-  
3 genommen wird, so muss dies auch beinhalten, dass Menschen vor lebensbedrohlichen Situationen in ein  
4 sicheres Land fliehen können, ohne für diese Flucht mit ihrem Leben zu bezahlen. Ein Recht auf Leben muss  
5 folglich ein Recht auf sichere Flucht vor Bedrohung beinhalten.

6 Leider müssen wir feststellen, dass sich die Europäische Union von diesem Anspruch zunehmend entfernt.  
7 Satt ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, rüstet die Europäische Union ihre Außengrenzen immer  
8 stärker zu tödlichen Festungsmauern. Allein von Januar bis Juli 2017 sind mindestens 2500 Menschen bei ihrer  
9 versuchten Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Rund 300.000 Menschen wagten die lebensgefährli-  
10 che Überfahrt laut UN-Angaben im Jahr 2016. Dabei stünde eine Vielzahl von Mitteln und Wegen zur Verfügung,  
11 um dies zu vermeiden. Jeder Mensch, der sich bei seiner Flucht nach Europa in Lebensgefahr begeben muss, straft  
12 den Anspruch der Europäischen Union, Wertegemeinschaft und Vorbild für Grund- und Menschenrechte zu  
13 sein, Lügen.

14 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland versuchen die europäischen Außengrenzen wei-  
15 ter vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die Migration auf den europäischen Kontinent wei-  
16 ter zu erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen  
17 ausgebaut und der Grenzschutz militarisiert. Dazu schrecken die EU-Staaten nicht vor einer Kooperation mit  
18 Diktaturen zurück. Schon heute ist der Weg durch die Wüste ähnlich gefährlich wie der darauffolgende Weg  
19 über das Meer. Sie ist schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden die Leichen nicht angespült  
20 und NGOs können die nordafrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicherheit noch rechtsstaatlicher  
21 Schutz vor Willkür garantiert ist.

22 Derweil machen sich die Europäischen Regierungschef\*innen einen schlanken Fuß: Anstatt den innereuropäi-  
23 sche Streit um die Aufnahme von Flüchtenden unter den Mitgliedsländern zu lösen und den rassistischen Refle-  
24 xen in den Mitgliedsländern mutig entgegenzutreten, verlagern sie ihre „Problemlösung“ nach Außen.

25 Wir müssen erleben, wie Zäune errichtet und mit Waffengewalt verteidigt werden, Deals mit Despoten ge-  
26 macht und Flüchtende in Internierungscamps von marodierenden Verbrechern zurückgeschoben werden.  
27 Anstatt flüchtende Menschen zu schützen, werden die Europäischen Grenzen vor dem Übertritt durch Flüch-  
28 tende „geschützt“. Auch die deutsche Bundesregierung nimmt dies nicht nur billigend in Kauf, sondern betei-  
29 ligt sich aktiv an Deals mit Erdoğan und der libyschen Küstenwache. Dabei werden sehenden Auges massive  
30 Menschenrechtsverletzungen und zahllose Todesfälle in Kauf genommen.

31 Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern der EU immer wieder die  
32 Forderung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen. Gemeint sind hier eine ganze Bandbreite von  
33 Maßnahmen, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von Armut und kriegerischen Konflikten oder Direkt-  
34 maßnahmen in sogenannten Drittstaaten zur Verhinderung von Fluchtmöglichkeiten richten. Diese Form von  
35 aktionistischem Handeln lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugendverband erkennen wir an, dass Men-  
36 schen solange von ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Ungleichheiten, sowohl in ökonomischer  
37 Hinsicht als auch in Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der gesellschaftlichen und politischen  
38 Teilhabe, in dem Ausmaß existieren, wie es heute der Fall ist. Mit ein wenig Entwicklungszusammenarbeit und

39 Hochrüstung der Grenzen in Drittstaaten ist es deshalb nicht getan. Deutschland und die Europäische Union  
 40 insgesamt tragen zu einem erheblichen Teil zur Verstärkung von globalen Ungleichheiten durch asymmetri-  
 41 sche Handelspolitik, Waffenexporte und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bietet deshalb für  
 42 viele Menschen eine wesentlich konkretere Perspektive, ihre Lebensumstände zu verbessern – und in letz-  
 43 ter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zusagen der Entwicklungszusammenarbeit, die mithin einzig  
 44 auf das Erschließen von neuen Märkten ausgerichtet sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse  
 45 an der Bekämpfung von Fluchtursachen durch die Europäische Union – und nicht an der Bekämpfung von  
 46 Flucht –, müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf die Bekämpfung von globalen Ungleichheiten  
 47 ausgerichtet sein.

48 Die Europäische Union hat im Mittelmeer eine Militärmission („Sofia“) zur „Bekämpfung von Schlepperkrimi-  
 49 nialität“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmission zur Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer  
 50 zu finanzieren, kreuzen nun Kriegsschiffe vor der libyschen Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschwe-  
 51 ren. Die frühere Mission 'Mare Nostrum' war eine Seenotrettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an  
 52 Hilfe gewährte – auch wenn sie ebenfalls bereits Ansätze der aktuellen Fehlentwicklung enthielt. Dabei läge der  
 53 Schlüssel, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, in der Hand der Europäischen Union selbst:  
 54 Die Schlepper können nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüberfahrt verdienen, wie es keine legalen  
 55 Wege zur Flucht nach Europa gibt. Offenbar besteht bei den Regierungschef\*innen derzeit eine höhere Bereit-  
 56 schaft, Geld für unsinnige Militäraktionen aufzuwenden, als dieses Geld in die Rettung von Menschenleben,  
 57 humanitäre Visa und Integrationsmaßnahmen zu investieren.

58 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und die Durchsetzung des Rechtes auf Leben nicht an den  
 59 Europäischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus welchem Grund oder von welchem Ort ein Mensch  
 60 flieht, niemand darf dafür mit seinem Leben bezahlen. Der gefährlichen Spirale zwischen Hochrüstung der  
 61 Grenzen und immer gefährlicheren Fluchtrouten muss endlich ein Ende gemacht werden. Unser Ziel ist, dass  
 62 alle Menschen dort leben können, wo sie wollen. Als Sofortmaßnahmen für sichere Fluchtrouten fordern wir  
 63 jedoch von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union:

#### 64 1. Sichere Fluchtwege Schaffen: Vergabe humanitärer Visa

65 Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mittelmeerüberfahrt begeben, wenn die sichere Flucht lega-  
 66 lisiert wäre. Beispielsweise ist eine Einreise per Flugzeug sicher und deutlich billiger, jedoch nach EU-Richtlinie  
 67 2001/51/EG nicht legal: Fluggesellschaften haften demnach, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender  
 68 Papiere abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine Strafe zahlen, den Rückflug organisieren und für  
 69 Unterkunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen. Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht  
 70 transportiert.

71 Wir fordern daher:

- 72 • Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem Land-, See-  
 73 und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein. Diese  
 74 Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 75 • Die Bereitstellung humanitärer Visa (nach dem Beispiel Italiens) zur legalen Einreise und zur Übernah-  
 76 me der Reisekosten in die Europäische Union. Bis zum Zeitpunkt einer Einigung muss die deutsche Bun-  
 77 desregierung eine entsprechend hohe Anzahl für die Einreise nach Deutschland zur Verfügung stellen  
 78 und den sicheren Transport in die Europäische Union organisieren und finanzieren.
- 79 • Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und Konsulaten zu  
 80 gewähren. Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den Botschaften so schnell wie  
 81 möglich umgesetzt werden, um die Wartezeiten zu minimieren.
- 82 • Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder aufzunehmen und  
 83 ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer Visa zu ermöglichen.
- 84 • Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.

#### 85 1. Libysche Folter-Camps schließen

86 Der UNO-Koordinator für Libyen, Martin Kobler, beschreibt die Situation in den Libyschen Camps als “furcht-  
 87 bar, entsetzlich und grauenhaft“. Die Menschen sind unterernährt, willkürlicher Gewalt ausgesetzt und auf

88 engstem Raum zusammengepfercht. Es wird von systematischen Erschießungen berichtet. Viele dieser Camps  
89 werden „privat“ von Milizen betrieben. Schätzungen zufolge hat die libyschen Regierung nicht mehr als 30 Pro-  
90 zent des libyschen Territoriums unter Kontrolle.

91 Wir fordern daher:

- 92 • Alle Menschen, die sich in libyschen Camps befinden, sind umgehend in sichere Camps umzusiedeln.  
93 Eine Rückführung flüchtender Menschen nach Libyen darf keine Option sein.
- 94 • Die Menschenrechtsverbrechen in den Camps sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Men-  
95 schenrechte anzuklagen.
- 96 • Jegliche Unterstützung der Europäischen Union, die in die Hände der autonomen Milizen gelangen  
97 könnte, beispielsweise über die libyschen Küstenwache, ist sofort einzustellen

98 1. Flüchtlingscamps nach UN-Standards

99 Die finanzielle Ausstattung von UN Organisationen zur Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete muss sofort  
100 verbessert werden. UNHCR und das World Food Program sind immer wieder genötigt, die grundlegenden  
101 Standards in den Camps zu senken, die Essensrationen zu kürzen und können im Winter nicht sicher vor dem  
102 Erfrieren schützen. Solche Umstände sind unverantwortbar.

103 Daher bekräftigen wir erneut unsere bereits bestehenden Forderungen:

- 104 • Solange die europäische Union ihren Pflichten nicht zu genüge nachkommt, muss die Bundesregierung  
105 alle notwendigen Finanzmittel bereitstellen, um die humanitären Standards in den Flüchtlingscamps zu  
106 gewährleisten.
- 107 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellten  
108 Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 109 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach Bil-  
110 dungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern je nach Notlage.
- 111 • unmittelbar nach der Ankunft sollte eine intensive Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psy-  
112 chologischer Unterstützung stattfinden.
- 113 • Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem europäischen Festland müssen ebenfalls dringend verbes-  
114 sert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht humanitäre Mindeststandards.

115 1. Europäische Seenotrettung

116 Wir fordern:

- 117 • Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Es steht für  
118 die menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem nicht  
119 demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt nur die gänzliche Auflösung.
- 120 • die Wiedereinsetzung einer Europäischen Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der Mission „Mare  
121 Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln und Finanzen. Diese können durch eine Umwidmung der Mission  
122 „Sofia“ zur Verfügung gestellt werden. Es ist Aufgabe der Europäischen Union sicherzustellen, dass  
123 ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer  
124 staatlich organisierten Seenotrettung möglich.
- 125 • Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht  
126 alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen virtuell auf alle Mitgliedsstaaten der  
127 Europäischen Union nach einem festen Schlüssel solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat weniger  
128 Geflüchtete aufnimmt, als er müsste, muss er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete aufneh-  
129 men, als der Schlüssel besagt, zahlen und hat mit zusätzlichen Sanktionen der Europäischen Union  
130 zurechnen. Diese Regelung kann auch durch die partielle Streichung von EU-Geldern an diesen Staat  
131 durchgesetzt werden. Die Verpflichtung zu den oben genannten Ausgleichszahlungen bleibt weiter-  
132 hin bestehen. Außerdem müssen für Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards  
133 gelten, von denen einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein müssen.

- 134 • Eine Rückführung von Menschen in nicht-sichere Staaten muss ausgeschlossen werden. Das Non-  
135 Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt.

136 1. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

137 Die sogenannte „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, sowie informelle Abkommen mit anderen Mittelmeer-  
138 Anreinerstaaten über die gewaltsame Zurückhaltung von flüchtenden Menschen sind umgehend aufzukün-  
139 digen. Sie sind aus moralischen und humanitären Gründen nicht zu rechtfertigen, widersprechen internatio-  
140 nalem Recht und machen die Europäische Union politisch erpressbar.

141 1. Die Kriminalisierung humanitärer Hilfe stoppen

142 Seitdem die europäische Seenotrettungsmission beendet wurde, haben es sich gut ein Dutzend Nicht-  
143 Regierungs-Organisationen (NGOs) zur Aufgabe gemacht, die Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu  
144 retten. Rund 40 Prozent der Rettungen im Mittelmeer wurden in den letzten 1,5 Jahren von privaten Helfer\*in-  
145 nen durchgeführt. Dass diese eigentlich staatliche Verantwortung auf Laien und NGOs abgewälzt wird, ist an  
146 sich bereits Grund für Kritik. In den letzten Monaten wurde die humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer jedoch  
147 regelrecht kriminalisiert. Von rechten Bewegungen in Italien, Österreich und Deutschland ausgehend wurden  
148 absurde Anschuldigungen erhoben, die NGOs würden mit Schleppern kooperieren und Schleuser-Tätigkeiten  
149 durchführen. Ohne jegliche Beweise und trotz massiver Dementi seitens der NGOs wiederholte der deutsche  
150 Innenminister Thomas de Maizière ähnliche Anschuldigungen und die Italienische Regierung nötigte den NGOs  
151 einen „Code of Conduct“ auf, der ihre Arbeit massiv einzuschränken droht. Als die libyschen Küstenwache ein-  
152 seitig eine 70-90 Seemeilen große „Search-and-Rescue-Zone“ vor ihrer Küste ausrief, und somit internationale  
153 Hoheitsgewässer annektierte, erfolgte von der Europäischen Union keinerlei Reaktion – obgleich die EU den  
154 Aufbau der libyschen Küstenwache finanziert und unterstützt. Die Seenotrettungs-NGOs sehen sich seither  
155 massiven Übergriffen und Bedrohungen durch die libysche Küstenwache ausgesetzt, viele haben ihre Ret-  
156 tungsaktivitäten vorerst eingestellt oder stark eingeschränkt. Die nun fehlenden Rettungskapazitäten wurden  
157 von staatlicher Seite jedoch nicht ersetzt, sodass die Situation vor der libyschen Küste für die Flüchtenden nun  
158 noch gefährlicher ist als zuvor.

159 Daher fordern wir:

- 160 • Ein Ende der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer durch die Bundesregierung  
161 und insbesondere das Innenministerium
- 162 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die libysche Küstenwache ih-  
163 re Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die einseitig erklärte „Search- and – Rescue- Zone“  
164 aufgibt.
- 165 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierende NGOs durch die Europäische Union und Deut-  
166 sche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Per-  
167 sonal an Bord zu nehmen.
- 168 • Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen muss die Europäische Union und die Bundesrepublik  
169 Deutschland damit beginnen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu realisie-  
170 ren. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskie-  
171 ren muss, um Grenzen zu überwinden, während ein privilegierter Teil genauso wie Waren und Kapital  
172 sich grenzenlos bewegen kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.

173 1. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht bekämpfen

174 Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitgliedstaaten trägt nach Eigenangaben mehr als 50 Pro-  
175 zent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Globale Ungleichheiten als zentrale Ursache für  
176 Fluchtbewegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam eingedämmt werden. Seit der Verstärkung von  
177 Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 hat die Europäische Union zusätzliche budgetäre Mittel in die Hand ge-  
178 nommen, um den sogenannten Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu verstärken. Zu-  
179 sätzlich wurden über die längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt Mittel für  
180 Nord-und Westafrika bereitgestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen. Entwicklungszusammenarbeit  
181 muss sich stärker an Maßgaben internationaler Solidarität messen lassen, damit sie ihre intendierte oder vor-  
182 geschobene Wirkung erzielen. Sofortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute humanitäre Krisen  
183 bekämpfen und somit Flucht zu einer Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit macht.

184 Deshalb fordern wir:

185 • Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD  
186 muss als Partei der internationalen Solidarität (gem. Hamburger Programm) stärker die Wechselwir-  
187 kung zwischen dem deutschen Engagement im Ausland und Fluchtbewegungen in die Europäische  
188 Union thematisieren. Aktionistische Konzepte der SPD zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten  
189 hoher Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen Ungleich-  
190 heiten weichen.

191 Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation. Fluchtbe-  
192 wegungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher  
193 oft das schnellste und effektivste Mittel internationaler Solidarität, unabhängig davon, ob sich die individuelle  
194 Fluchtmotivation aus kriegerischen Konflikten, Verwehrung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Verlet-  
195 zung der körperlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägungen speist.